

## Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

07.07.2021 Drucksache 18/17069

## **Antrag**

der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD

Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen! Bayerische Wohnraumförderung erweitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bayerische Wohnraumförderung so neu zu konzipieren, dass mit ihr auch die Errichtung von Wohnraum für Auszubildende gefördert wird.

Dazu soll entweder eine neue Kategorie bei der Wohnraumförderung eingeführt werden oder die bereits bestehende Kategorie "Förderung von Wohnraum für Studierende" entsprechend erweitert werden – inhaltlich und finanziell.

## Begründung:

Die Bayerische Wohnraumförderung, die sich zu Teilen aus Bundesgeldern, zu Teilen aus Landesgeldern speist, umfasst viele Förderungsbereiche:

Neben dem Bayerischen Wohnungsbauprogramm und dem Kommunalen Wohnbauförderprogramm gibt es für definierte Zielgruppen zugeschnittene Wohnbaugelder: so wird unter anderem die behindertengerechte Anpassung von bestehendem Eigen- und Mietwohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderung gefördert, zudem der Wohnraum für Studierende. Letzteres leider noch so unzureichend, dass der Freistaat bei der Wohnheimquote, also der Quote von Wohnplätzen für Studierende, im Bundesdurchschnitt weit zurückliegt.

Dabei ist allerdings die Gruppe der Auszubildenden nicht mit bedacht. Sie haben (ähnlich wie Studierende) in vielen Orten Bayerns Mühe, eine passende Wohnung zu finden, die für sie leistbar ist. Arbeitgeber, kommunale Wohnbauunternehmen und Kommunen entwickeln hier zwar aus der Not geborene Lösungsansätze (exemplarisch: "Live+Learn" der GEWOFAG München), können aber das Problem in seiner ganzen Breite nicht abdecken.

Der Freistaat muss die Zielgruppe der Auszubildenden ab jetzt bei der Wohnraumförderung explizit berücksichtigen.